



**Berlin, 04. November 2022
Nr. 62/2022**

Bilanz 1. Warnstreikwoche: Es brodelt in den Betrieben

In der ersten Warnstreikwoche in der Metall- und Elektroindustrie haben rund 15.000 Metaller*innen in Berlin, Brandenburg und Sachsen die Arbeit niedergelegt. Damit beteiligten sich sogar mehr Beschäftigte an den Ausständen als erwartet. „Es brodelt in den Betrieben“, erklärte IG Metall-Verhandlungsführerin Irene Schulz. „Der Frust und der Zorn über die Lohnblockade der Unternehmen ist gewaltig. In den Verhandlungen in der nächsten Woche müssen die Arbeitgeber endlich deutliche und dauerhafte Lohnerhöhungen anbieten.“

In ihrer Bilanz der ersten Warnstreikwoche betonte Irene Schulz, Bezirksleiterin IG Metall Berlin, Brandenburg, Sachsen: „Wir haben gewusst, dass wir für unsere Forderung nach acht Prozent breite und starke Rückendeckung in den Betrieben haben. Die erste Warnstreikwoche hat unsere Erwartung noch einmal bestärkt. Die hohe Beteiligung zeigt die Entschlossenheit der Beschäftigten, deutliche und dauerhafte Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die IG Metall will in dieser schwierigen politischen Lage keinen Konflikt. Aber sie kann Konflikt, wenn die Arbeitgeber es darauf anlegen.“

In der nächsten Woche stehen bundesweit die nächsten Verhandlungen an, so auch im Bezirk Berlin, Brandenburg, Sachsen. Für Sachsen ist mit dem 11. November der nächste Termin bereits vereinbart. „Die Verhandlungen in der kommenden Woche bieten für die Arbeitgeber die Gelegenheit, die Zuspitzung des Konflikts zu verhindern“, sagte Schulz. „Klar ist: Ohne ein deutlich verbessertes Angebot wird die IG Metall die Warnstreiks verschärfen.“

Allein in Sachsen legten in vier Warnstreiktagen 10.000 Beschäftigte die Arbeit nieder. Wegen des Reformationstages am Montag waren die Sachsen genau wie die Brandenburger am Dienstag in die Warnstreiks gestartet. Die Berliner hatten bereits am Montag begonnen. In Berlin-Brandenburg legten in der ersten Woche 5000 Metaller*innen die Arbeit nieder.

Darum geht es: Die IG Metall fordert eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um acht Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten.

Die Arbeitgeber bieten eine Einmalzahlung von 3.000 Euro bei einer Laufzeit von 30 Monaten. Der einmalige Betrag müsste also bis 2025 reichen. Eine Erhöhung der Monatslöhne stellen die Arbeitgeber nur vage in Aussicht, nennen aber keine Prozente und nicht einmal ein Datum. Zudem wollen sie Sonderzahlungen je nach Kassenlage in einzelnen Betrieben kürzen können.

Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82